

Universität Zürich

Institut für Politikwissenschaft

Forschungsbereich Policy-Analyse & Evaluation

KURZFASSUNG

**Die Einstellungen der
Bevölkerung zu staatlicher
Regulierung im Jahr 2020**

Thomas Milic und Thomas Widmer

Kurzfassung der Studie

Die Haltung der Bevölkerung zu (staatlicher) Regulierung steht im Fokus der vorliegenden Untersuchung. Sie ist eine Nachfolgestudie zur 2016 durchgeführten Analyse der Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu staatlicher Regulierung (Höglinger/Widmer 2016). Viele der damals verwendeten Fragen wurden im März/April 2020 wieder gestellt, was einen Längsschnittvergleich zwischen den Erhebungen von 2016 und 2020 ermöglicht. Der Vergleich zeigt, dass sich innerhalb der letzten vier Jahre gewisse Haltungen verändert haben, viele Einstellungen indessen stabil geblieben sind. Das Gesamtbild bleibt facettenreich: Die Schweizer Stimmberechtigten sind oftmals nicht *per se* für oder gegen Regulierungen, sondern differenzieren zwischen den verschiedenen Regulierungszielen und -kontexten. Die Schlüsselbefunde werden im Folgenden aufgeführt.

Gesundheitsschutz hat angesichts der Corona-Krise enorm an Bedeutung zugenommen

Die mit der Regulierung üblicherweise verknüpften Ziele – etwa der Schutz der Umwelt, der Konsumentenschutz oder der Schutz der Gesundheit – sind in der Stimmbevölkerung praktisch unumstritten. Wenig überraschend im Kontext der Corona-Pandemie wurde dem Gesundheitsschutz in der vorliegenden Befragung ein (nochmals) deutlich höherer Wert beigemessen als vier Jahre zuvor. Die Bedeutungswerte der anderen Regulierungsziele, darunter auch der als wichtig eingeschätzte Umweltschutz, blieben im Vergleich zu 2016 indessen mehr oder minder konstant. Die von der Corona-Pandemie ausgelösten Sorgen um die Gesundheit haben den Gesundheitsschutz zur prioritären Staatsaufgabe erhoben, deutlich vor den weiteren Regulierungszielen.

Mehrheit der Stimmbevölkerung weiterhin zufrieden mit der Regulierung, aber steigender Zuspruch für höhere Regulierungsdichte

Nach wie vor ist eine starke relative Mehrheit der Stimmberechtigten (49%) mit der Regulierungspraxis in der Schweiz zufrieden. In den letzten vier Jahren hat sich indessen der Anteil jener, die sich eine höhere Regulierungsdichte wünschen, verdoppelt (von 10 auf 20%), während der Anteil der Regulierungskritikerinnen und -kritiker spürbar zurückgegangen ist (von 42 auf 31%). Ausserdem ist eine Polarisierung zwischen den Parteianhängerschaften zu erkennen: Während die Haltung zur Regulierungsdichte in den rechtsbürgerlichen Anhängerschaften der FDP und SVP in den letzten vier Jahren mehr oder weniger stabil blieb, erschallt der Ruf nach mehr Regulierungen in den linken Parteianhängerschaften (SP und Grüne) erheblich stärker als 2016. In der politischen Mitte und namentlich bei der CVP-Anhängerschaft hat indessen die Zufriedenheit mit der Regulierungspraxis erheblich zugenommen.

Regulierungsbedarf nach dem «Sankt Florian-Prinzip»

Der Regulierungsbedarf wird in der Finanzbranche am höchsten eingeschätzt. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten ist der Ansicht, es brauche in diesem Wirtschaftszweig mehr staatliche Vorgaben. Auch der Onlinehandel soll stärker reguliert werden, wenn es nach dem Wunsch von 44 Prozent der Stimmberechtigten geht. Allerdings hat die Forderung nach mehr Regulierung hier – entgegen dem generellen Trend – seit 2016 abgenommen (von 54 auf 44%). Geringen Regulierungsbedarf sieht die

Bevölkerung indessen im Detailhandel. Aufschlussreich ist zudem, dass ein Regulierungsabbau nirgendwo sonst *stärker gefordert* wird als in der *eigenen* Branche. Und umgekehrt wird – mit Ausnahme des Detailhandels – für jede Branche, *öfter* nach einer *höheren* Regulierungsdichte gerufen als für das eigene Arbeitsumfeld. Kurz, tendenziell gilt: Regulierungen sind oftmals erwünscht, aber weniger im eigenen Arbeitsumfeld.

Die Wirksamkeit von Regulierungen wird von den Erwerbstätigen im eigenen Arbeitsumfeld als gut bewertet

Eine Mehrheit von 56 Prozent der befragten Erwerbstätigen erteilte der Wirksamkeit von Regulierungen im eigenen Arbeitsumfeld zwar keine Bestnote, erachtete sie aber als «ziemlich wirksam». 16 Prozent schätzt sie sogar als «sehr wirksam» ein. Etwas mehr als ein Viertel (28%) hält die bestehenden Regulierungen in der eigenen Branche hingegen für wenig (23%) oder überhaupt nicht wirksam (5%). Erwerbstätige in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungswesen sind dabei am ehesten von der Effektivität der Regulierungen im eigenen Tätigkeitsfeld überzeugt, während die Wirksamkeit im Baugewerbe sowie in der Informatik und Kommunikation am skeptischsten beurteilt wird.

In Sachen Regulierungen will das Stimmvolk «de Foifer und s'Weggli».

Legt man den Befragten einschlägige Argumente sowohl für als auch gegen Regulierungen vor, so werden rasch innere Widersprüche sichtbar. Die Idealvorstellung vieler Stimmberechtigter lautet nämlich: Strengere Regeln für Unternehmen bei gleichzeitigem Abbau aufwändiger Bürokratie. Wie diese beiden Forderungen gleichermaßen umgesetzt werden können, ist indessen unklar. Eine mögliche Lösung würde eine «smarte Regulierung» darstellen, die sehr gezielt und damit mit geringeren Folgekosten interveniert.

Erwähnung von Kostenfolgen bleibt oft ohne Wirkung

Konfrontiert man jedoch die Stimmberechtigten mit möglichen Kostenfolgen einer Regulierung, so reagieren sie nur geringfügig, wenn überhaupt darauf. Ein Verbot von Ölheizungen beispielsweise fand unabhängig davon, ob die Wohnkosten um fünf oder gar zehn Prozent steigen könnten, in etwa gleich hohen Zuspruch von Seiten der Befragten. Auch die individuelle Haltung zu einem Verbot der Bodenhaltung beim Geflügel ist weitestgehend «immun» gegen solche Preissignale. Das könnte an einer geringen Preissensibilität oder aber daran liegen, dass die Kostenfolgen auch ohne explizite Nennung von vielen Befragten ohnehin eingepreist werden.

«Swiss finish» bei Lebensmittelkontrolle vermehrt gefordert

Was die Lebensmittelsicherheit betrifft, so spricht sich nach wie vor eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten für eine Übernahme des EU-Lebensmittelrechts aus. Indes, eine starke Minderheit von dreissig Prozent fordert diesbezüglich schärfere Regulierungen im Inland («Swiss finish»). Der Anteil jener, die über die EU-Regelungen hinausgehen wollen, ist seit der letzten Erhebung 2016 um zehn Prozentpunkte gestiegen. Was der Bundesrat und eine Mehrheit im Parlament vermeiden möchten – die Übernahme und Anreicherung von EU-Recht mit zusätzlichen Schweizer Bestimmungen – findet in der Stimmbevölkerung demnach zunehmend Zuspruch.

FDP nach wie vor Themenführerin in Regulierungsfragen, aber mit erheblichen Verlusten seit 2016

Die FDP ist nach wie vor Spitzenreiterin in der Rangliste der in Regulierungsfragen am kompetentesten eingeschätzten Parteien. Allerdings hat sie den Grossteil ihres komfortablen Vorsprungs, den sie 2016 auf die zweitplatzierte Partei (SP) besass, eingebüsst. Neu folgt ihr die SVP, die am zweithäufigsten als Kompetenzführerin in Regulierungsfragen genannt wird. Diese Rangierung hat sie – wie die anderen Parteien auch – im Wesentlichen der Grösse ihrer Anhängerschaft zu verdanken. Denn in der Regel nennen Parteisympathisierende ihre bevorzugte Partei als Kompetenzführerin.

Mehrheit mit Schärfe und Geschwindigkeit der Corona-Massnahmen zufrieden

Die Corona-Krise stellt(e) eine Ausnahmesituation dar, in welcher auch ungewöhnlich einschneidende staatliche Massnahmen zum Schutz der Gesundheit ergriffen wurden (bzw. werden). Eine Mehrheit der Befragten erachtete diese Massnahmen im Frühjahr 2020 als angemessen. Ebenso war eine Mehrheit der Ansicht, Bund und Kantone hätten die Massnahmen rechtzeitig ergriffen. Eine starke Minderheit von rund einem Drittel aller Stimmberechtigten hätte sich allerdings ein rascheres Eingreifen erwünscht. Dieser Anteil war in der von der Covid-19-Pandemie im Vorfeld der Befragung stärker betroffenen Romandie erwartungsgemäss höher als in der Deutschschweiz. Die Kritik an den Corona-Massnahmen, nicht aber das Ausmass, mit welchem man sich an jene Vorgaben persönlich hielt, ist schliesslich auch von der generellen Einstellung zur Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen abhängig. Die Kritik an den Corona-Massnahmen hat demnach auch mit der generellen Haltung zur Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen zu tun und ist keine ausschliesslich Corona-spezifische Einstellung.

Die Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich über die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu staatlicher Regulierung der Wirtschaft basiert auf einer Mixed Mode-Erhebung (telefonisch und online) von insgesamt 2'350 Stimmberechtigten in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz von Ende März bis Ende April 2020.

Der ausführliche Bericht zu dieser Studie ist erschienen als:

Milic, Thomas/Widmer, Thomas (2021): Die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung im Jahr 2020. Zürcher Politik- & Evaluationsstudien Nr. 22, Oktober 2021.

Siehe: <https://www.ipz.uzh.ch/de/forschung/publikationen/publikationsreihen/ZuerchpolEva.html>